

# DIGITALE BÜRGERRECHTE

freiheit # vernetzt # sichern

*UNS GEHT'S UMS GANZE*

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)



„Ein Mensch unter Beobachtung  
ist niemals frei.“

# DIGITALE BÜRGERRECHTE

Wir mailen und chatten, recherchieren, kaufen und bewerten online, bewegen uns in sozialen Netzwerken genauso wie auf überwachten öffentlichen Plätzen. Unser Handy dokumentiert, wohin wir gehen, Apps, wie wir schlafen, unser Heizungssystem die Wohnzimmertemperatur und unser Auto, ob wir müde sind. Auch unsere Finanz- und Gesundheitsdaten werden elektronisch gespeichert.

Unser Alltag findet mehr und mehr digital und vernetzt statt. Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr. Uns alle betrifft deshalb die Frage des Erhalts grundlegender Rechte wie des Schutzes der Privatsphäre oder des Datenschutzes in der digitalen Welt.

Die dank Edward Snowden bekannt gewordenen Überwachungspraktiken von NSA und anderen Geheimdiensten rütteln an unser aller Grundrechte und Freiheiten. Unsere Demokratie fußt auf der Selbstbestimmung des Menschen. Der Schutz der Privatsphäre oder das Recht auf öffentliche Informationen müssen auch im Digitalen gelten. Der Staat ist verpflichtet, diese Rechte sicherzustellen und auszubauen.

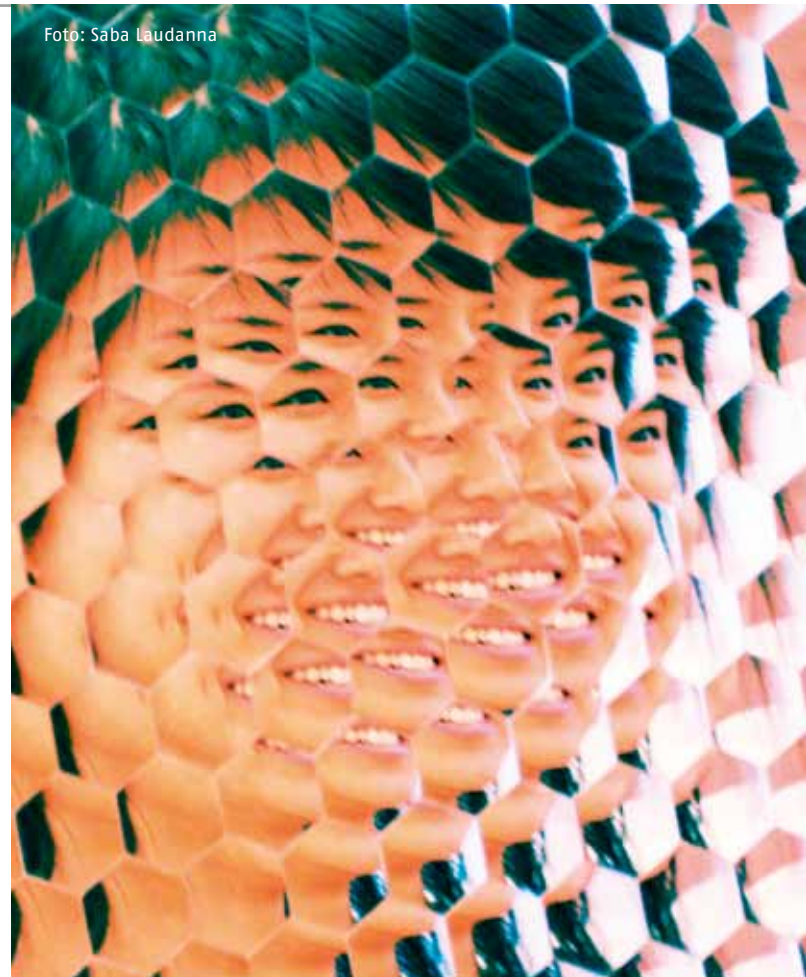




Foto: Frischmuth / Argus

## DIGITALE EMANZIPATION

Die bürgerlichen Rechte sind nicht nur Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe. Sie übertragen dem Staat auch eine weitreichende Verantwortung, unsere Grundrechte zu gewährleisten und durchzusetzen: Er muss Strukturen erhalten und schützen, die Voraussetzung für Freiheitsentfaltung sind, um so Teilhabe zu garantieren und eine freie Entwicklung des Einzelnen wie der gesamten Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir wollen unsere Grundrechte und die Freiheit des Kommunikationsraums Internet weiter stärken, Teilhabe und informationstechnische Entwicklungen gestalten und im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer fördern. Für gleiche Teilhabe braucht es noch mehr: einen flächendeckenden und gleichberechtigten Zugang durch neutrale Netze, eine verbraucherfreundliche Ausgestaltung der Angebote und die Entwicklung einer fundierten Medienkompetenz von Anfang an.

Das Netz kann helfen, unsere Demokratie zu vitalisieren. Und dank des Internets wird nicht zuletzt der Zugang zu Wissen immer leichter. Auch das wollen wir fördern.

# DATENERFASSUNG RUNDUM

Überall und ständig werden von uns Daten erfasst. Oft haben wir keine Wahl und entscheiden nicht mit, wenn Unternehmen oder Behörden Informationen sammeln und weitergeben. Dabei kann das weitreichende Folgen haben: Die Kombination unterschiedlicher Datensätze erlaubt es, umfassende Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Das Ergebnis ist ein Datenschatten, der auf unser reales Leben wirkt: ob wir einen Kredit erhalten, die Versicherung den Schaden zahlt oder welchen Job wir bekommen. Einspruch? Nicht möglich.

Big Data – die Zusammenführung und Auswertung von Daten aus unterschiedlichsten Quellen – verspricht vielfältige Chancen: optimierte Verkehrsführung, bessere Prognosen sich ausbreitender Krankheiten, ressourcenschonendere Produktion. Big Data ist ein Wirtschaftsfaktor, die Währung sind allerdings oftmals unsere persönlichen Daten. Die Kontrolle über Daten, die im Zuge der Weiterverarbeitung entstehenden Informationen und sich daraus direkt ergebende Folgen für Entscheidungsprozesse bleiben, auf der Strecke.

Foto: Saba Laudanna



# DATENSCHUTZ REFORMIEREN

Mit zunehmender Überwachung und unüberschaubaren Datenströmen wächst die Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger. Die geltenden Datenschutzgesetze sind veraltet und werden der digitalen Realität nicht mehr gerecht. Bereits 2008 hat das Bundesverfassungsgericht das „Computer-Grundrecht“ auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme formuliert. Dieses neue Grundrecht erfordert Anpassungen in zahlreichen Gesetzen und eine politische Umsetzung.

Jahrelang hat die Regierung Merkel mit Verweis auf die geplante Reform des Datenschutzes auf EU-Ebene keine Initiative ergriffen. Dann hat sie im EU-Ministerrat eine Einigung verschleppt. Intransparente Datenverarbeitungen und Vollprofilierungen ganzer Kundenportale und sozialer Netzwerke gehen indes weiter. Wir Grüne im Bundestag machen uns auch weiterhin für eine unverzügliche Umsetzung der EU-Datenschutzreform stark. Doch solange der europäische Reformprozess stockt, ist auch der nationale Gesetzgeber ab sofort wieder in der Pflicht. Wir wollen digitale Selbstbestimmung mit Hilfe des Rechts stärken. Entscheidend sind Transparenz, Datensicherheit und Wahlfreiheit.



Foto: Thomas Peter / Reuters

# DIGITALE SELBSTBESTIMMUNG

Jeder Mensch soll grundsätzlich selbst entscheiden können, wer welche Daten von ihm erhebt und ob diese weiterverarbeitet werden dürfen. Die Zustimmung hierzu muss explizit erfolgen und nicht automatisch über den Blankoscheck unübersichtlicher „Allgemeiner Geschäftsbedingungen“. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung heißt für uns: Anspruch auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung – auch gegenüber international agierenden Unternehmen. Die oftmals intransparente und hochkomplexe IT-Welt hinter den Web-Oberflächen entzieht sich weitgehend unserem Beurteilungshorizont als Nutzerinnen und Nutzer. Anbieter geizen unter Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse mit Informationen über ihre tatsächlichen Vorgehensweisen. Hier braucht es mehr Transparenz und bürgerrechtsfreundliche Regelungen. Ein wirksames Datenschutzrecht muss heute mehr als nur die direkt personenbezogenen Daten umfassen. Es muss auch solche schützen, die oft erst durch die Kombination verschiedener Datensätze mit einem konkreten Menschen verbunden werden können. Und es muss gesellschaftlichen Bedrohungen entgegengetreten, wie der Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen, z. B. bei Kreditverweigerung aufgrund ihrer Wohngegend.



Foto: Kurt Fuchs

# SCHUTZ VOR STAATLICHEN ÜBERGRIFFEN

Sicherheit muss im Dienst der Freiheit stehen und nicht umgekehrt. Bedrohungen durch Terrorismus und Kriminalität muss durch solide Arbeit der Sicherheitsbehörden begegnet werden, nicht durch uferlose Überwachung und Einschüchterung der gesamten Bevölkerung. Der Geheimdienst- und Überwachungsskandal betrifft die Nutzerinnen und Nutzer genauso wie die Wirtschaft. Der Vertrauensschaden ist maximal und hat die Wahrnehmung des Internets grundlegend verändert. Auch in Deutschland ist niemand mehr vor staatlicher Kontrolle sicher. Wo immer gemailt, telefoniert, gechattet wird – Geheimdienste überwachen die elektronische Kommunikation und das Internet praktisch flächendeckend. Ein von uns durchgesetzter Untersuchungsausschuss im Bundestag soll hier Aufklärung bringen, auch über die Rolle deutscher Geheimdienste. Und wir wollen Konsequenzen sehen: Deutschland muss auf europäischer wie internationaler Ebene für ein Ende der anlass- und verdachtslosen Massenüberwachung eintreten.





# KEINE VORRATSDATEN- SPEICHERUNG!

Gewichtige Teile der großen Koalition wollen weiterhin anlass- und verdachtslosen Massenzugriff auf Kommunikationsdaten. Sie fordern, die Vorratsdatenspeicherung wieder einzuführen. Dass sie im Kampf gegen Verbrechen tatsächlich hilft, ist nicht belegt. Unverhältnismäßig und bürgerrechtsfeindlich ist die Datenspeicherung allemal. Der Europäische Gerichtshof hat im April 2014 geurteilt, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung massiv gegen Grundrechte verstößt, und hat sie als von Anfang an ungültig erklärt. Damit entfällt jede Umsetzungspflicht für Deutschland. Diese Entscheidung ist ein Meilenstein für die Bürgerrechte und muss eine Kehrtwende in Europa einläuten. Das Vorhaben anlassloser Vorratsdatenspeicherungen muss endlich beendet werden. Ob auf der Straße oder im Internet: Staatliche Ermittlungen müssen bürgerrechtskonform und rechtsstaatlich geregelt sein und dürfen nicht alle Menschen unter Generalverdacht stellen. Auch Onlinedurchsuchungen durch Trojanerangriffe auf Privatrechner als heimliche Ermittlungsmaßnahme lehnen wir klar als unverhältnismäßig ab.

# FRISCHZELLENKUR FÜR DIE DEMOKRATIE

Wir wollen die Überwachungsspirale stoppen und die freiheitlichen Potenziale des Netzes stärken. Homepages, Blogs und soziale Netzwerke unterstützen die demokratische Meinungsbildung, sie sind Instrumente öffentlicher Kontrolle und bieten neue Formen politischer Teilhabe. Mit Hilfe des Netzes kann die Transparenz politischer Prozesse deutlich verbessert werden. Verträge der öffentlichen Hand mit Unternehmen gehören nicht weggeschlossen. Vorhaben von Behörden und Verwaltungen – etwa bei Bauprojekten – lassen sich online schneller und breiter kommunizieren statt nur auf dem Amt. Offengelegte Daten (Open Data) sind ein Schlüssel für mehr Demokratie. Staatliche Stellen sollten ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) und damit die direkte Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern verwirklichen. Das Gemeinwesen profitiert vom Wissen aller, wenn sich die Bevölkerung über Internetplattformen einbringen kann. Diese stärken zudem die Legitimität politischer Entscheidungen.

# MEHR VERBRAUCHER- MACHT

Internet und digitale Kommunikation bringen Verbraucherinnen und Verbrauchern neue Möglichkeiten: Waren und Dienstleistungen sind rund um die Uhr und von überall her verfügbar. Bewertungsportale erfreuen sich großer Beliebtheit und zwingen die Unternehmen, ihre Produkt- und Preisgestaltung zu überdenken. Unlauteres Geschäftsgebaren wird dank sozialer Netzwerke schnell publik. Marktmissbrauch ist dennoch möglich. Ob Kostenfallen, Abzocke oder Datenklau: Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht auf einen umfassenden Verbraucherschutz. Die Reform des Datenschutzes hin zu einem Informationsschutz ist dafür zentral. Angebote im Netz müssen insgesamt verbraucherfreundlicher werden. Die digitale Welt lebt vom Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer. Transparenz, Datensicherheit und Verbraucherschutz sind für die digitale Wirtschaft wichtige Wettbewerbsvorteile. Produktentwicklungen sollten Datenschutz von vornherein berücksichtigen: Datenschutzfreundliche Voreinstellungen bei Geräten und Programmen helfen, die Menge erhobener Daten zu begrenzen.



## DAS NETZ BLEIBT NEUTRAL

Das Internet ist eine grundlegende Infrastruktur für Gesellschaft und Wirtschaft, die allen gleichermaßen zur Verfügung stehen muss. Dafür steht der Grundsatz der Netzneutralität. Er besagt, dass Daten im Internet gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Zieles, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder eingesetzter Geräte.

Die Netzneutralität ist der Grundpfeiler eines demokratischen, freien Internets. Sie garantiert soziale Teilhabe und sichert Innovationspotenzial. Start-ups oder Gemeinnützige müssen die gleichen Chancen haben wie große Konzerne. Einen bevorzugten Transport gegen Aufpreis lehnen wir ab. Wenn Internetprovider bestimmte Inhalte bevorzugen, entsteht ein „Zwei-Klassen-Internet“, das die Daten desjenigen bevorzugt, der mehr bezahlen kann. Das gilt es zu verhindern.

Netzneutralität ist in Deutschland gesetzlich nicht eindeutig garantiert. Die Bundesregierung muss endlich für eine effektive gesetzliche Regelung sorgen. Wir wollen, dass das Netz offen bleibt. Dienste und Anwendungen müssen genau wie Hardware und Software frei wählbar sein.

## ZUGANG FÜR ALLE

Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit sind das A und O grüner digitaler Bürgerrechtspolitik. Wir fordern, dass jedem Haushalt und jedem Unternehmen ein Breitbandanschluss auf dem Niveau der Grundversorgung zur Verfügung gestellt werden muss. Das wollen wir über einen Universaldienst garantieren und durch schnellstmöglichen Glasfaserausbau schnellere Zugänge ermöglichen. Wir wollen, dass alle barrierefrei teilhaben können.

Das Urheberrecht wollen wir modernisieren und divergierende Interessen ausgleichen: Kreative brauchen eine gerechte Vergütung für ihre Arbeit. Sie sollen von Digitalisierung und Internet profitieren. Ihre Stellung wollen wir stärken. Eine effektive Urheberrechtsdurchsetzung darf gleichzeitig nicht zulasten der Bürgerrechte gehen. Eine Kriminalisierung privater, nichtkommerzieller Nutzung lehnen wir daher ab. Abzocke durch un gerechtfertigte Abmahnungen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Betreiber von Suchmaschinen dürfen ihre Marktmacht nicht missbrauchen. Wir setzen uns für frei verfügbare wissenschaftliche Publikationen (Open Access) und Forschungsdaten (Open Data) ein. Offene Schnittstellen, Standards und Software geben Nutzerinnen und Nutzern mehr Autonomie.

# INTERNATIONALE BÜRGERRECHTSPOLITIK

Der Einsatz für Bürgerrechte macht nicht an Ländergrenzen halt. Das globale Internet spielt eine wichtige Rolle in den weltweiten Demokratisierungsbewegungen. Freier und offener Netzzugang ist zum Menschenrecht geworden. Gegen Diktaturen und autoritäre Systeme setzen wir Grüne im Bundestag auf die demokratisierende Kraft der neuen digitalen Öffentlichkeiten.

Einen Export deutscher Überwachungstechnologie in Despotenhände darf es nicht geben. Anstelle von abgeschotteten, nationalisierten Netzen wie im Iran oder in China braucht es weltweite Übereinkünfte, welche Regeln das Netz dauerhaft frei und offen halten können. Dazu gehört auch ein Verbot, Sicherheitslücken vorsätzlich in Programme und IT-Systeme einzubauen oder offen zu halten. In der Netzregulierung hat sich der Dialog vieler Beteiligten bewährt. Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft gehören an einen Tisch, wenn es um die Zukunftsfragen des Internets geht.



Proteste in Ankara (08.02.2014), Foto: Umit Bektas / Reuters

**NOCH FRAGEN?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Konstantin von Notz MdB, stv. Fraktionsvorsitzender  
Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik  
TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552,  
info@gruene-bundestag.de

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

- 18/483 Einsetzung NSA-Untersuchungsausschuss
- 18/482 Einsetzung Ausschuss Digitale Agenda
- 18/381 Vorratsdatenspeicherung verhindern
- 18/183 Die Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter
- 17/14676 PRISM, Tempora und die Schutzverantwortung der Bundesregierung
- 17/12694 Nachhaltige Verbraucherpolitik
- 17/12620 Gesetz zur Eindämmung des Missbrauchs des Abmahnungswesens
- 17/8161 Datenschutz in den Sozialen Netzwerken

**LINKS:**

gruene-bundestag.de » Schwerpunkt Digitale Bürgerrechte

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Gestaltung: Stefan Kaminski  
Stand: Mai 2014, Schutzgebühr: 0,05 €

